

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 11 • 39. JAHRGANG • 14. WAHLPERIODE • 12.11.2008

Moneten

Die Überwindung der Finanzmarktkrise, das Aufbäumen gegen eine drohende Rezession, die Stabilisierung der WestLB: All dies kostet viel Geld. Der Landtag diskutierte und rechnete nach.

S. 4-5

Mobilität

Die moderne Gesellschaft verlangt, dass Menschen mobil sind. Nicht jeder kann sich dies leisten. Nun streitet man sich über die Kosten für Sozialtickets, die einige Kommunen anbieten.

S. 6

Wurzeln

Wie kein anderes Bundesland wurde NRW von polnisch-stämmigen Einwanderern geprägt. Ein besonderer Ansporn, sich für die Zusammenarbeit, ja Freundschaft zum östlichen Nachbarn einzusetzen.

S. 8-9

Wissen

„Informationsgesellschaft“, „Zeitalter des Wissens“ – die Begriffe sind bekannt. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung tun also not. Drei Konferenzen zum Thema beschäftigten den Landtag.

S. 13-15



Gemeinsame Geschichte: NRW und Polen

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Bildungsgipfel im Kreuzfeuer	3
<i>Gemeinsamkeiten über Ziele, Streit über Mittel</i>	
Geteiltes Echo auf Rettungspaket	4
<i>Unterschiedliche Reaktionen auf beschlossene Milliardenhilfen</i>	
Risikoschild WestLB ist aufgespannt	5
<i>Nachtragshaushalt verabschiedet – Zuschüsse zur Kulturhauptstadt 2010</i>	
Die Wirtschaft stabilisieren und stärken	5
<i>Debatte über Anti-Rezessionsprogramm und dessen Finanzierung</i>	
Mobilität für einkommensschwache Menschen	6
<i>Wer zahlt die Kosten für ein Sozialticket – Land oder Kommunen?</i>	
Chancen für Kinder	7
<i>Bericht der Enquetekommission soll parlamentarische Arbeit leiten</i>	
Nordrhein-Westfalen und Polen – eine langjährige, intensive Freundschaft	8-9
<i>Mitglieder der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe nehmen Stellung</i>	
Gesetzgebung	10-11
Aktuelles aus den Ausschüssen	12
Guter Rat ist teuer	13
<i>Fachleute fordern mehr finanzielle Unterstützung für die Weiterbildungsberatung</i>	
„Da wächst was Großes heran“	14
<i>Kulturhauptstadt „Ruhr 2010“</i>	
ZVS-Stiftung soll Chaos bei Studienplatzvergabe beenden	14
<i>Öffentliche Anhörung zum geplanten Hochschulzulassungsreformgesetz</i>	
Dem Fachkräftemangel begegnen	15
<i>Wie kann das Ingenieurstudium – auch für Frauen – attraktiver werden?</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Etwas Lob und viel Kritik	18
<i>Haushalt 2009: Zielgruppen hätten gern mehr Geld</i>	
Porträt: Chris Bollenbach (CDU)	19
Buchtipps: Freiheit und/oder Sicherheit?	19
Meldungen	20
Impressum	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Brückenbau zwischen Nachbarn

Polen, dieses 38-Millionen-Volk im Osten Europas – glaubenstark, aber politisch schwer berechenbar? Traumatisiert von der eigenen Geschichte? Objekt dummer Witze? Weg mit den Klischees, blicken wir zurück.

Es waren Polen, die im 17. Jahrhundert Europa mit vor den Osmanen retteten. Immer wieder geteilt und unterjocht, errang sich die polnische Nation mit ihrem Freiheitsdrang Respekt und Unterstützung. Erstmals auf europäischem Boden entstand 1791 in Polen das weltweit zweite moderne Grundgesetz nach Vorbild der amerikanischen Verfassung.

Mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen begann der Zweite Weltkrieg. In Polen unterhielten die Nazis die schlimmsten Vernichtungslager. Millionen Menschen wurden Opfer von Gewalt und Vertreibung. Der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am Mahmal des Warschauer Aufstands leitete die Wende im deutsch-polnischen Verhältnis ein. Die ersten Risse im Ostblock gingen auf die Bürgerbewegung Solidarność zurück.

VERBINDUNGEN

Heute sind Deutschland und die Republik Polen Mitglieder der Europäischen Union und partnerschaftlich verbunden. Seit 1991 stellt das Deutsch-Polnische Jugendwerk den Jugendaustausch zwischen beiden Ländern auf eine feste Basis. Die Regierungen treffen sich regelmäßig zu Konsultationen. Die ersten Auslandsreisen nach ihrer Wahl führten Bundespräsident Köhler und Kanzlerin Merkel nach Polen. Seit 2007 gibt es ein Kooperationsabkommen zwischen NRW und der Gedenkstätte Auschwitz, das Ministerpräsident Rüttgers bei seiner zweiten Polenreise unterzeichnete.

Unter dem Vorsitz der Landtagspräsidentin arbeitet die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe am Ausbau der gegenseitigen Beziehungen. Beide Länder sind Mitglieder in der Kooperation von Regionen in Frankreich, Polen und Deutschland. Sie erfüllen damit das „Weimarer Dreieck“ durch Impulse bei Strukturwandel, Sozialpolitik und Kultur mit Leben. Immer wieder sind in der Vergangenheit NRW-Abgeordnete nach Polen gereist, haben Gespräche geführt und Kooperationen vereinbart oder vertieft. Jedes Jahr gibt es unter dem Motto „Begegnung mit Osteuropa“ im Land einen Schülerwettbewerb. „Brücken bauen in Europa“ lautet das Thema im nächsten Jahr.

Brücken baut auch der Parlamentarische Abend, bei dem der Landtag den Nachbarn Polen in den Mittelpunkt rückt. Serdecznie witamy w Nadrenii – Westfalii!

jk

Bildungsgipfel im Kreuzfeuer

Gemeinsamkeiten über Ziele, Streit über Mittel

24.10.2008 – Bund und Länder müssen in der Bildungspolitik zukünftig stärker gemeinsam Verantwortung tragen, auch in finanzieller Hinsicht. Mit dieser Feststellung hörten die Gemeinsamkeiten im Düsseldorfer Landtag bei der Aktuellen Stunde über den Bildungsgipfel denn auch schon auf. Inwiefern tragen die Beschlüsse von Dresden die Handschrift der Landesregierung? Hat das Land NRW Fortschritte gemacht mit Blick auf die Bildungsangebote? Fragen, die Regierung und Opposition unterschiedlich beantworteten.

Hannelore Kraft (SPD) bewertete das Ergebnis des Bildungsgipfels nicht nur als „dürftig“, sondern darüber hinaus als „Blamage“ für Bundeskanzlerin Merkel. Insbesondere vermisse man klare Zusagen und verlässliche Budgets. Für die SPD-Vorsitzende ist Bildung die wichtigste Zukunftsaufgabe: „Solange aber die Finanzierung offenbleibt, solange ist diese Zukunftsaufgabe gefährdet.“ Kraft kritisierte, dass diese Frage in

werden soll. Dies bedeute konkrete Maßnahmen, insbesondere auch was die frühkindliche Bildung betreffe. Hier hielt er der SPD vor, dass es in NRW im Jahr 2005 nur 11.000 sogenannte U3-Plätze gegeben habe. 2009 seien es dagegen rund 34.000. Vor diesem Hintergrund hielt der CDU-Sprecher der Opposition entgegen, NRW sei also nicht „Bremsen“, sondern vielmehr Motor der neuen Bildungsoffensive.

Sigrid Beer (Grüne) konstatierte, beim Bildungsgipfel gebe es „keine neuen Beschlüsse, keine Verabredung, nichts, was nicht schon längst vorher ausgemacht war“. Das „peinliche“ Resultat: Absichtserklärungen und eine Arbeitsgruppe, die das Ergebnis auf die Zeit nach der Bundestagswahl vertage. Der angekündigte Aufbruch bleibe in „kleinkarierten“ Kompetenzstreitigkeiten von Bund und Ländern stecken. Insbesondere Ministerpräsident Rüttgers habe seine Ziele – wie die Mittagsverpflegung an Ganztagschulen und Lernmittel für bedürftige Kinder – nicht verwirklichen können. Die wirklich wichtigen Probleme der Bildungspolitik seien nicht gelöst worden: weniger Jugendliche ohne Schulabschluss sowie die Vermittlung von höherwertiger Bildung an Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten oder aus Migrationsfamilien.



Fotos: Schälte

Hannelore Kraft (SPD)

Manfred Kuhmichel (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Sigrid Beer (Grüne)

Wissenschaftsminister
Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

eine Kommission abgeschoben worden sei, die ihre Ergebnisse erst nach der Bundestagswahl vorlegen soll. Und ergänzte mit Blick auf die Finanzen, dass es falsch sei, die Novellierung der Erbschaftssteuer abzulehnen und auf die entsprechenden Einnahmen zu verzichten. Damit gefährde man auch das ehrgeizige Ziel, ab 2015 bundesweit jährlich 20 Milliarden Euro mehr für Bildung auszugeben.

Manfred Kuhmichel (CDU) sah in dem Bildungsgipfel hingegen einen Erfolg. Er habe eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern festgeschrieben, hinter die es kein Zurück mehr gebe. Dies betreffe alle Bereiche der Bildung: von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Hochschule. So habe man auf dem Gipfel verabredet, dass die Frühförderung ausgebaut und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss halbiert

Christian Lindner (FDP) unterschied in seiner Rede zwischen der Bildungspolitik in Bund und Land. So richtig die Ziele des Bildungsgipfels gewesen seien (z.B. Senkung der Abbrecherquote, Verbesserung der Durchlässigkeit von beruflicher zu hochschulischer Bildung, Erhöhung der finanziellen Förderung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), so enttäuschend seien die Ergebnisse. Vor allem dürfe die Umsetzung der verabredeten Ziele nicht bis nach der Bundestagswahl warten. Allerdings sei es auch „keck“, NRW als „Bremsen“ in der bildungspolitischen Debatte hinzustellen. Im Gegenteil: Die seit 2005 amtierende CDU/FDP-Landesregierung habe die Abbrecherquote gesenkt, auch durch den Ausbau der Ganztagsangebote. Sie habe enorme Fortschritte in der frühkindlichen Bildung bei dem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gemacht.

Wissenschaftsminister Dr. Andreas Pinkwart (FDP) hielt die Vorwürfe dagegen für unbegründet. Im Gegenteil: Es sei die SPD gewesen, die eine Bildungspolitik gegen die Chancengerechtigkeit betrieben habe, und es sei die aktuelle Landesregierung, die dies ändern wolle – zum einen über den Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Aber auch über die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen – im Gegensatz zu den Streichplänen der Vorgängerregierung. Auch beim Verhältnis zwischen Studienberechtigten und denen, die tatsächlich ein Studium aufnahmen, sah er NRW auf einem guten Weg: Die Quote habe sich seit Regierungsübernahme stetig verbessert. Insofern stellte der NRW-Minister fest, dass man mit den Zielen des Gipfels übereinstimme, dass aber NRW schon an deren Umsetzung arbeite.

cw

Geteiltes Echo auf Rettungspaket

Unterschiedliche Reaktionen auf beschlossene Milliardenhilfen

22.10.2008 – Mit bis zu 500 Milliarden Euro wollen die Bundesregierung und die Bundesländer den deutschen Finanzsektor in der weltweiten Krise stabilisieren. Das in Berlin beschlossene Rettungspaket bestimmte die Plenardebatte im Landtag. Anlass war eine Unterrichtung der Abgeordneten durch die Landesregierung „zur Lage der Wirtschaft und der Finanzmärkte in Nordrhein-Westfalen“.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) nannte das Rettungspaket „alternativlos“. NRW habe sich mit seinen Forderungen auf Bundesebene weitgehend durchsetzen können. So sei zu begrüßen, dass die Fonds-Beteiligung der Länder auf 7,7 Milliarden Euro begrenzt worden sei. Für NRW betrage der „maximal mögliche Verlust“ 1,6 Milliarden Euro.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) sagte, die Finanzkrise werde in der Realwirtschaft Spuren hinterlassen. Es bestehe Anlass „zu ernster Sorge, aber kein Anlass zu schwarzem Pessimismus“. So sei mit einer „Eintrübung der konjunkturellen Lage“ zu rechnen. Thoben betonte allerdings, die meisten Unternehmen würden auch weiterhin problemlos Kredite bei Banken und Sparkassen erhalten.

Gisela Walsken (SPD) meinte, mit dem Rettungspaket habe die Bundesregierung Handlungsfähigkeit bewiesen. Ein schlechtes Zeugnis stelle sie der schwarz-gelben Landesregierung aus. Dieser sei es nicht gelungen, Landesinteressen erfolgreich zu vertreten. Walsken kritisierte, dass die Landesbürgschaft für die WestLB nicht in der Beteiligung Nordrhein-Westfalens am Stabilisierungsfonds berücksichtigt worden sei.

Lutz Lienenkämper (CDU) wies die Kritik der SPD-Fraktion zurück: Das Rettungspaket sei im Interesse des Landes. So sei es gelungen, eine Alleinhaftung der Länder für die Landesbanken aus dem Paket zu streichen. Lienenkämper erklärte, die Soziale Marktwirtschaft habe auch in einer schwierigen Phase

funktioniert, und eine Kreditklemme sei nicht zu befürchten.

Angela Freimuth (FDP) äußerte sich zur Deckelung von Managergehältern bei Banken, die den Rettungsfonds in Anspruch nähmen. Die Festsetzung einer jährlichen Vergütungobergrenze in Höhe von 500.000 Euro sei aus liberaler Sicht ein Fehler. Freimuth forderte zugleich, die Marktaufsicht müsse effizienter gestaltet werden. Die Kontrollkompetenzen seien bei der Bundesbank zu bündeln.

Ewald Groth (Grüne) reagierte mit „Entrüstung, Enttäuschung und Zorn“ auf die Beschlüsse: „Der Schaden für NRW ist mit dem Verhandlungsergebnis vergrößert worden.“ Bundesfinanzminister Steinbrück habe einen Blankoscheck über die Verwendung der Finanzhilfen erhalten. Außerdem zahle das Land nun doppelt, da es neben der Bürgschaft für die WestLB auch für die anderen Landesbanken einstehen müsse.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) kritisierte, dass im Rettungspaket „kein einziger Euro“ für Konjunkturmaßnahmen vorgesehen sei. *sw*

Auf den Spuren der Geschichte ...

... wandelte die Visegrád-Arbeitsgruppe des Landtags in der tschechischen Hauptstadt Prag. Gemeinsam mit dem Leiter der Arbeitsgruppe, Horst Westkämper (CDU, li.), begegneten Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU, 2.v.l.) sowie die Abgeordneten Gerhard Lorth (CDU, 3.v.li.), Bodo Wissen (SPD, 2.v.re.) und Elke Rühl (CDU, re.) dem Prager Erzbischof Vaclav Maly (3.v.r.). Dieser hatte als Moderator der „Samtenen Revolution“ zum Niedergang des kommunistischen Systems in der damaligen Tschechoslowakei beigetragen. Maly zeigte den Gästen aus Nordrhein-Westfalen den Erzbischöflichen Palast. In der Visegrád-Gruppe und der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe setzen sich Abgeordnete des Landtags dafür ein, die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Polen, Ungarn, Tschechien sowie der Slowakei zu intensivieren. *Foto: Melchert*



Reiner Priggen (Grüne) am Rednerpult und Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) Fotos: Schälte

Risikoschirm WestLB ist aufgespannt

Nachtragshaushalt verabschiedet – Zuschüsse zur Kulturhauptstadt 2010

23.10.2008 – Mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen die Stimmen von SPD und Grünen hat der Landtag den Nachtragshaushalt 2008 (Drs. 14/6920) sowie die Errichtung eines Risikoschirms für die WestLB (Drs. 14/6921) beschlossen. Zugleich stimmten alle vier Fraktionen für eine Änderung im Nachtragshaushalt 2008 (Drs. 14/7743), die den Städten und Gemeinden im Regionalverband Ruhr eine fachbezogene Pauschale in Höhe von 10 Millionen Euro zuschreibt. So soll auch Kommunen mit Nothaushalten die Möglichkeit gegeben werden, sich an Projekten zur Kulturhauptstadt 2010 zu beteiligen.

Volkmar Klein (CDU) bezeichnete den Änderungsantrag als „ein gutes Signal, zu unterstreichen, dass der gesamte Landtag hinter dem Projekt Kulturhauptstadt steht“. Die parlamentarische Verabschiedung eines Risikoschirms für die WestLB hielt er für notwendig, „damit wir für alle Eventualitäten gut aufgestellt sind“. Schon jetzt seien 20 Millionen Euro Bürgerschaftsanteil des Landes abgeflossen, so dass der Landtag weitere Vorsorge treffen müsse.

Gisela Walsken (SPD) kritisierte, dass es leider nicht gelungen sei, mit den regierungstragenden Fraktionen einen Weg zu finden, die zusätzlichen Millionen- oder Milliardenausgaben für den Landeshaushalt in den nächsten Jahren

parlamentarisch zu kontrollieren. Es mache keinen Sinn, den Risikoschirm zu verabschieden, da die WestLB viel besser unter dem zuvor auf Bundesebene beschlossenen Risikoschirm zur Stabilisierung der Finanzmärkte aufgehoben sei.

Angela Freimuth (FDP) wies die Kritik ihrer Vorrednerin zurück. Der Landtag habe sich darauf verständigt, dass die Kontrolle über den Risikofonds und der Bericht über den Abfluss der Mittel im dafür zuständigen Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgen solle. Freimuth erklärte außerdem, mit dem fraktionsübergreifenden Änderungsantrag sei

die Finanzarchitektur für das Jahr der Kulturhauptstadt 2010 sichergestellt.

Sylvia Löhrmann (Grüne) begrüßte den Änderungsantrag als „Erneuerungsimpuls für das Ruhrgebiet, den Rot-Grün auf den Weg gebracht hat“. Mit Blick auf den Risikoschirm für die WestLB rief sie das Parlament jedoch auf, die Beratungen und die Verabschiedung im Plenum vorerst auszusetzen. Die Landesregierung habe den Landtag nicht rechtzeitig darüber informiert, dass die WestLB auch unter den Risikoschirm des Bundes gestellt werden solle.

Für Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erlaubt die Pauschale im Nachtragshaushalt den Gemeinden einen eigenverantwortlichen und unbürokratischen Mitteleinsatz zur Kulturhauptstadt 2010. Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt werde der Ansatz der im Haushaltsjahr 2008 zu erwartenden Steuereinnahmen von bisher 41,52 Milliarden Euro auf 41,63 Milliarden Euro erhöht. Um den Risikofonds für die WestLB-Garantie zu dotieren, seien 95 Millionen Euro vorgesehen. *sw*

Keine Mehrheit im Parlament fand ein Änderungsantrag von SPD und Grünen (Drs. 14/7724), ein parlamentarischer Kontrollgremium zu konstituieren. Dieses Gremium hatten die beiden Fraktionen gefordert, um die Verwendung der Landesgelder im Risikofonds für die WestLB durch den Landtag zu überprüfen.

Die Wirtschaft stabilisieren und stärken

Debatte über Anti-Rezessionsprogramm und dessen Finanzierung

23.10.2008 – Welche Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung angesichts der Finanzkrise stärken, diskutierte der Landtag auf Antrag der Grünen. Die Opposition forderte dringend ein Anti-Rezessionsprogramm. Die Landesregierung habe zwar Initiativen angekündigt, sei jedoch aktives Handeln schuldig geblieben. Die Regierungsfaktionen dagegen verteidigten ihre Wirtschaftspolitik.

Reiner Priggen (Grüne) forderte die Fraktionen auf, geschlossen ein Anti-Rezessions-Programm auf die Beine zu stellen. Es gehe darum, „Maßnahmen in der beginnenden Abschwungphase einzuleiten“. Er plädierte für investive Maßnahmen im Bereich der Gebäudesanierung. Derartige Programme hätten positive Effekte in der Bauwirtschaft zur Folge.

Christian Weisbrich (CDU) wies die Forderungen zurück. Die Landesregierung habe seit 2005 dafür gesorgt, dass NRW wirtschaftlich wieder gut aufgestellt sei. Ministerpräsident Rüttgers habe frühzeitig, bereits im August, ein bundesweites Anti-Rezessionsprogramm gefordert. Da es seitdem keine anderen Ankündigungen gegeben habe, sei der Antrag der Grünen nicht gerechtfertigt.

Marc Jan Eumann (SPD) hielt den Beitrag des Abgeordneten Weisbrich für eine „Märchenstunde“ und attestierte den Grünen, die richtigen Fragen gestellt zu haben. Für seine Fraktion forderte er „Initiativen mit Beschäftigungseffekt“, beispielsweise in der Infrastruktur- und Bildungspolitik sowie in der Automobil- und Bauindustrie. Die Landesregierung habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Dietmar Brockes (FDP) versicherte, Ministerpräsident Rüttgers könne sich auf die Unterstützung der FDP-Fraktion verlassen. Das im August geforderte Anti-Rezessionsprogramm wirke präventiv, es ziele auf die Angebotsseite des Marktes und weite die Staatsverschuldung nicht aus. Die Wirtschaftspolitik in NRW habe



die Rahmenbedingungen für mittelständische Betriebe erfolgreich verbessert.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) sah in schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen „die falsche Antwort“ auf die Krise. Die Vorschläge der Grünen zur Gebäudesanierung begrüßte Thoben, jedoch gingen mit Blick auf die Finanzierung die Meinungen auseinander. Aus ihrer Sicht sollten Sanierungsprogramme über zusätzliche Erlöse aus verlängerten Laufzeiten von Kernkraftwerken finanziert werden. *sw*

Mobilität für einkommensschwache Menschen

Wer zahlt die Kosten für ein Sozialticket – Land oder Kommunen?

23.10.2008 – Wer von Hartz IV lebt, bekommt pro Monat 15 Euro, um mobil zu sein. Für Monatstickets reicht das Geld längst nicht, bemängeln Grüne und SPD in ihren Anträgen (Drs. 14/7644 bzw. 14/7664) und loben das Sozialticket, das die Städte Dortmund und Köln sowie der Kreis Unna für einkommensschwache Menschen anbieten. Weil ein solches Ticket für die Betroffenen nur 15 bzw. 28 Euro kostet, müssen die Kommunen das ausbleibende Geld an die Verkehrsverbünde zahlen. SPD und Grüne sehen dort das Land in der Pflicht – eine Forderung, die CDU und FDP zurückweisen. Die Idee des Sozialtickets unterstützen aber alle Fraktionen.

Horst Becker (Grüne) wies darauf hin, dass die Preise für Busse und Bahnen in den letzten acht Jahren stärker gestiegen seien als die Preise fürs Autofahren. Menschen, die von Hartz IV lebten, bekämen nur knappe 15 Euro im Monat für Mobilität, rechnete der Grünen-Politiker vor. „Der Anspruch aber genau an diese Menschen, mobil zu sein, ist eher gewachsen“, problematisierte der Verkehrsexperte, etwa bei der Arbeitsplatzsuche. Mobilität sei eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft. Er lobte Kommunen, die ein Sozialticket eingeführt haben und forderte: „Ich finde, auch wir sollten uns diesem Themenkomplex zuwenden und Antworten geben.“

Bodo Wißen (SPD) betonte: „Wer nicht mobil sein kann, wird ausgegrenzt.“ Er erläuterte, dass Kommunen, die bedürftigen Menschen ein Grundmaß an Mobilität garantieren wollten, selbst dafür zahlen müssten. Dies sei unter der „kommunalfreundlichen Politik“ der Landesregierung und wegen der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen äußerst schwierig. Wißen erwartete, dass sich die schwarz-gelbe Koalition herausreden werde. Jürgen Rüttgers sei „nur dann sozial, wenn es ihn selbst nichts kostet“, kritisierte der SPD-Politiker. „Links blinken und rechts abfahren ist weder in der

Straßenverkehrs-Ordnung vorgesehen, noch kann es Grundlage politischen Handelns sein.“

Gerhard Lorth (CDU) war überzeugt, dass alle Fraktionen das Ziel „Mobilität für alle“ unterstützten. Allerdings sei der Antrag an die falsche Stelle gerichtet, sagte er anschließend zu SPD und Grünen. Für das Sozialgesetzbuch sei ausschließlich der Bund zuständig und die Kommunen und Verkehrsverbünde für die Entscheidung, ob sie ein Sozialticket anbieten und wie sie es finanzieren wollten. Er betonte zudem, dass die Landesregierung für 2009 über 1,4 Milliarden Euro für die Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs an die Kommunen überweise. Abschließend verwies der CDU-Politiker auf bestehende vergünstigte Mobilitätsangebote.

Stefan Romberg (FDP) bestätigte, die FDP-Fraktion habe im Prinzip nichts gegen das Sozialticket einzuwenden, man müsse dem allerdings „mit Augenmaß“ begegnen und auch an diejenigen denken, die zwar Arbeit hätten, aber wenig verdienen. Schließlich seien es ja auch ihre Steuergelder, die umverteilt würden. Der FDP-Politiker lenkte den Blick außerdem auf den ländlichen Raum. Dort hätten die Menschen den Eindruck, es ginge „schon wieder um zusätzliches Geld, was in die großen Städte fließt“. Sein Fazit zu der For-

derung von Grünen und SPD, dass die Landesregierung für Ausfallkosten der Kommunen beim Sozialticket aufkommen solle: „nicht nachhaltige Zusatzausgaben auf Pump“.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) begrüßte für die Landesregierung „ausdrücklich die Initiative von Kommunen zur Einführung des Sozialtickets“. Dies sei aber eine Angelegenheit, die in den Kommunen entschieden und finanziert werden müsse. Es sei „blanker, durchschaubarer Populismus“, wenn bei jeder Gelegenheit von der Landesregierung gefordert werde, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Man sei nur da finanziell verantwortlich, wo man auch zuständig sei. Mit dem ÖPNV-Gesetz erhielten die Verkehrsverbünde und damit die Kommunen 110 Millionen Euro jährlich. Daraus könnten diese, wenn sie wollten, ein Sozialticket finanzieren. sow

Die Anträge von Grünen und SPD wurden einstimmig zur Beratung in die Fachausschüsse für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen. Federführend beraten soll der Ausschuss für Bauen und Verkehr. Dort sollen die Abgeordneten auch in öffentlicher Sitzung abschließend über die Anträge abstimmen. Weitere Informationen auf: www.landtag.nrw.de bzw. www.landtagintern.de.

Mit Scham und Entsetzen ...



... erinnerte der Landtag gemeinsam mit der Landeshauptstadt Düsseldorf an die Zerstörung jüdischen Lebens in Deutschland in der Pogromnacht vor 70 Jahren. Im Plenarsaal hieß Landtagspräsidentin Regina van Dinker Abgeordnete, Regierungsmitglieder sowie Gäste der jüdischen Gemeinden willkommen. „Als Bürgerinnen und Bürger des demokratischen Deutschlands stehen wir über alle Generationen hinweg in der Pflicht, das Geschehene in Erinnerung zu halten“, machte sie die beständige Verantwortung Deutschlands deutlich. Neben NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Düsseldorfs Oberbürgermeister Dirk Elbers und dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Juan-Miguel Strauss, nahm der israelische Botschafter a.D., Avi Primor, an der Gedenkveranstaltung teil. Foto: Schälte

Chancen für Kinder

Bericht der Enquetekommission soll parlamentarische Arbeit leiten

24.10.2008 – Nach zweieinhalb Jahren konstruktiver Arbeit, wie alle Fraktionen versicherten, liegt nun der Bericht der Enquetekommission II vor, die sich mit Rahmenbedingungen für ein optimales Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder befasst hat. Die Fraktionen stellten unterschiedliche Aspekte des größtenteils einvernehmlichen Berichts heraus, an dem neben neun Abgeordneten auch sechs externe Sachverständige mitgearbeitet haben. Der Bericht hebt vor allem die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervor. Alle Redner dankten den Abgeordneten und Sachverständigen für die engagierte Mitarbeit.

Prof. Dr. Rainer Bovermann betonte als Vorsitzender der Enquetekommission die gemeinsame Überzeugung aller Kommissionsmitglieder, dass Erziehung, Betreuung und Bildung zusammengehören. Als Grundsatz der Arbeit benannte der Vorsitzende aus Reihen der SPD die Maxime, vom Kind aus zu denken. Bei der wesentlichen Erkenntnis, der Wichtigkeit frühkindlicher Bildung, gebe es bei der Umsetzung noch Defizite. Ebenfalls wichtig sei die Schule als Lern- und Lebensort, insbesondere die Ganztagschule. Drittens sei eine Vernetzung der Erziehungsarbeit von Bedeutung.

Walter Kern (CDU) meinte, der Bericht sei ein gutes Fundament für Entscheidungen im Parlament. Er hob die Bedeutung von Vereinen, Verbänden, Kirchen und anderen Institutionen hervor, die „nonformale“ Bildung leisteten und Kinder und Jugendliche prägten. Neben der frühesten Förderung von Anfang an sei auch die Qualität der Betreuung mit der damit verbundenen notwendigen Aus- und Fortbildung

der haupt- und ehrenamtlich Tätigen wichtig. Zentral sei aber die Familie als Wertevermittlerin. Kern plädierte dafür, das Erwerbsleben familienfreundlich zu gestalten. Außerdem forderte er eine höhere Anerkennung des Erziehungspersonals.

Renate Hendricks (SPD) betonte, dass es in der Enquetekommission keine Mehrheit für das bestehende Schulsystem in Nordrhein-Westfalen gebe. Sie hob die Empfehlungen der Kommission hervor, durch kontinuierliche Personalentwicklung eine höhere Qualität in Erziehung, Bildung und Betreuung zu erreichen, flexible Übergänge zu ermöglichen und die Kinder individuell zu fördern. Die Städte und Gemeinden müssten einen stärkeren Gestaltungsspielraum „für passgenaue Lösungen“ vor Ort bekommen. Außerdem solle angestrebt werden, alle Kinder und Jugendlichen – auch die mit Behinderungen – ins allgemeine Bildungssystem weitgehend zu integrieren.

Ralf Witzel (FDP) haben die meisten Expertisen ermutigt, „den Weg konsequenter Reformen“ beherzt fortzusetzen. Er benannte Felder, auf denen die Landesregierung bereits entsprechend tätig geworden sei: Ab dem Kindergartenjahr 2010 sei ein Rechtsanspruch für Kinder ab zwei Jahren garantiert, außerdem sei NRW bei der Sprachförderung der „Motor der bundesweiten Entwicklung“. Der FDP-Politiker sprach sich gegen eine staatliche Kindergartenpflicht und für freie Entfaltung aus. Bezüglich der Förderung in der Schule müsse Erfolg auf Leistung beruhen. Er plädierte für eine neue Anstrengungskultur bei der Wissensvermittlung.

Andrea Asch (Grüne) freute sich über den Konsens, dass der frühkindliche Bereich optimal aufgestellt und ausreichend finanziert sein müsse. Auch stimme man darin überein, dass der Personalschlüssel nach EU-Empfehlung nach oben gesetzt werden müsse. Des Weiteren fand sie „bemerkenswert und sehr erfreulich“, dass es Einigkeit darüber gebe, die Kindergartenbeiträge für Eltern entfallen zu lassen, auch wenn es unterschiedliche Vorstellungen



Renate Hendricks (SPD)



Andrea Asch (Grüne)



Familienminister Armin Laschet (CDU)

Fotos: Schälte

bezüglich des zeitlichen Horizonts gebe. Die Gesamtbewertung der derzeitigen Situation sei eine „bittere Erkenntnis“: Jedes vierte Kind lebe in Armut. Dem müsse man mit einer Kindergrundsicherung begegnen, forderte die Grüne.

Familienminister Armin Laschet (CDU) erklärte, dass der Bericht selbstverständlich in die Arbeit des Ministeriums einfließen werde. Er zeige, wie Chancen von Kindern in der frühkindlichen Bildung, aber auch in der Schule wachsen könnten. Das Prinzip, vom Kind her zu denken, müsse noch stärker die Debatten prägen, forderte der Minister. Dies sei keine Banalität, sondern eine komplexe Aufgabe. Laschet betonte, die frühere Förderung von Kindern sei für die Gesellschaft, die Volkswirtschaft und den Staat von großer Bedeutung. Der Minister formulierte das Ziel für Nordrhein-Westfalen, das Land der Kinder mit den besten Chancen zu werden.

sow

Der Abschlussbericht der Enquetekommission wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Weitere Informationen auf: www.landtag.nrw.de bzw. www.landtagintern.de.



Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)



Walter Kern (CDU)

Nordrhein-Westfalen und Polen – eine langjährige, intensive Freundschaft

Nicht erst seit dem Fall des Eisernen Vorhangs sind die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland von großer Freundschaft und hoher Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, geprägt. Dabei waren die Anfänge der heute guten Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verständlicherweise keineswegs einfach. Doch inzwischen haben sich viele intensive Städtepartnerschaften, Schulfreundschaften oder Jugend-Austauschprogramme entwickelt. Sie bilden die Basis für dieses gute nachbarschaftliche Verhältnis in Europa. Seit 1991 besteht zudem eine tragfähige Dreiländer-Freundschaft zwischen Polen, Deutschland und Frankreich, die im sogenannten Weimarer Dreieck organisiert ist.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen gedenkt im November des 90. Jahrestags der polnischen Unabhängigkeit mit einem Polen-Abend. Unter anderem werden der Marschall der Woiwodschaft Schlesien, Bogusław Piotr Śmigielski, der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Sejm, Jan Rzymelka, sowie der Generalkonsul der Republik Polen, Andrzej Kaczorowski, daran teilnehmen. Mit dem Parlamentarischen Abend sollen insbesondere die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen vorgestellt werden. Viele gemeinsame Aktivitäten in den Bereichen Kunst, Kultur und Tourismus verdeutlichen, dass die Länderfreundschaft gelebt wird und festen Bestand hat.

Was ist wichtig mit Blick auf das Verhältnis zwischen NRW und Polen?



Landtagspräsidentin
Regina van Dinther Mdl,
CDU-Fraktion (Vorsitzende der Deutsch-
Polnischen Parlamentariergruppe)

Das gute Verhältnis zwischen Polen und Deutschen liegt mir als Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe besonders am Herzen. Denn es sind immer Menschen, die die Brücken zwischen einzelnen Ländern auf- und ausbauen können. Daher bin ich froh, dass der Landtag NRW auch in der aktuellen Wahlperiode der Pflege dieser Länder-Beziehung einen solchen Stellenwert eingeräumt hat.

Für die Zukunft der langjährigen guten Freundschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Polen haben wir uns zwei Ziele gesetzt: Zum einen wollen wir gemeinsam mit unseren polnischen Freunden am europäischen Haus bauen. Als Bundesland steht NRW in enger Kooperation mit Schlesien. Beide Regionen haben – nicht zuletzt wegen des Bergbaus – eine ähnliche jüngere Geschichte. Ich bin der festen Überzeugung, dass mit der Pflege dieser regionalen Beziehungen das feste Fundament für das Bauprojekt „Haus Europa“ gelegt werden kann. Zum anderen erscheint es mir außerordentlich wichtig, dass wir die junge Generation auf diese Länder-Freundschaft aufmerksam machen. Insbesondere der Jugend-Austausch muss dabei im Mittelpunkt stehen. Denn Freundschaften, die in der Jugend geschlossen werden, halten oft ein Leben lang. So können wir sicherstellen, dass auch in Zukunft ein friedliches und partnerschaftliches Miteinander zwischen beiden Ländern gelingt. Zudem möchten wir unseren Teil dazu beitragen, dass die hier geborenen jungen Polen Nordrhein-Westfalen als ihre Heimat betrachten.



Hubertus Kramer Mdl,
SPD-Fraktion
(stv. Vorsitzender der Deutsch-
Polnischen Parlamentariergruppe)

Kaum ein deutsches Bundesland hat so viele Einflüsse durch Polen erfahren wie NRW. Menschen von dort kamen schon früh insbesondere ins Ruhrgebiet, um Arbeit zu bekommen. Über Jahrzehnte sicherten sie hier wirtschaftlichen Wohlstand entscheidend mit und prägten die gesellschaftlich-kulturelle Landschaft erheblich.

Auch deshalb kommt uns Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Verantwortung für friedliches und freundschaftliches Leben der Menschen beider Länder unter dem Dach der Europäischen Union zu. Dieser besonderen Verantwortung werden Tausende von Nordrhein-Westfalen durch ihre ehrenamtliche Arbeit gerecht. Schulen, Jugendgruppen, Kirchengemeinden, Städte und Gemeinden in NRW knüpfen Kontakte mit Menschen in Polen, bauen Freundschaften auf oder helfen Bedürftigen mit humanitären Aktionen. Aus über einem Jahrzehnt eigener Erfahrung weiß ich, wie viel Kraft diese Arbeit abverlangt, wie viel Freude sie aber auch schenkt.

Insofern liegt mir für das Verhältnis zwischen NRW und Polen besonders am Herzen, dass diese großartigen Initiativen gerade vor dem Hintergrund unserer historischen Verantwortung weiter bedeutende Mosaiksteine im Gesamtbild des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen bilden.

Im Landtag werden die Beziehungen zu Polen von einer eigenen Parlamentariergruppe betreut – und dies über alle Parteigrenzen hinweg. Der hohe Stellenwert beruht nicht zuletzt darauf, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ihre Wurzeln in Polen haben. Sie haben mit ihrer Kultur dieses Bundesland – insbesondere im Ruhrgebiet – beeinflusst und einen wichtigen Teil zum wirtschaftlichen Aufschwung im Nachkriegsdeutschland beigetragen. Die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe hat sich zum Ziel gesetzt im kulturellen, wirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Bereich eine Kultur der Zusammenarbeit und des Miteinanders zu fördern.

Polen (Fläche: 312.685 km²) grenzt im Norden an die russische Exklave Kaliningrad und an Litauen, im Osten an Weißrussland und die Ukraine, im Süden an die Slowakei und Tschechien sowie im Westen an Deutschland. Das Land besitzt eine 528 km lange Ostseeküste. Mit etwa 38 Millionen Einwohnern hat Polen die achtgrößte Bevölkerungszahl in Europa und die sechstgrößte in der Europäischen Union. Die Bevölkerungsdichte beträgt 122 Einwohner pro Quadratkilometer. Quellen: Auswärtiges Amt / Wikipedia



Horst Engel MdL,
FDP-Fraktion
(Mitglied der Deutsch-Polnischen
Parlamentariergruppe)



Dr. Ruth Seidl MdL,
Grünen-Fraktion
(Mitglied der Deutsch-Polnischen
Parlamentariergruppe)

Wichtig sind mir die Festigung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland und der Ausbau der Kooperation zu unserer NRW-Partnerregion Schlesien. Die Schande von Auschwitz lastet nach wie vor schwer auf uns. Auch in jüngerer Vergangenheit war der Weg zu guten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nicht ohne Stolpersteine. Aber wie an der Beilegung des Streits über die Stimmengewichtung im EU-Ministerrat zu sehen war, können sie ausgeräumt werden. Dass die deutsch-polnischen Beziehungen kaum besser waren als heute, liegt nicht zuletzt an NRW. So bedeutet es mir viel, wenn wir aus NRW nicht nur daran arbeiten, indem wir polnischsprachigen Unterricht in den Schulen in NRW anbieten. Oder mit Geld und Fachkräften den Zerfall von Häftlingsdokumenten aus Auschwitz verhindern, denn hinter jedem steht ein menschliches Schicksal. Wichtig sind mir als Vorstand des LAZARUS Hilfswerk (LHW) in Deutschland die finanzielle Sicherung und der Ausbau der LAZARUS-Sozialstationen in Polen. Diese in Ermland und Masurien aus ersten LHW-Hilfstransporten in das 1981 noch unter Kriegsrecht stehende Polen hervorgegangenen Stationen verwalten sich heute weitgehend selbstständig – ein Erfolg, weil wir aus Deutschland nachhaltige Hilfen zur Selbsthilfe geben konnten. Es darf keinen Rückfall in Zeiten des Rüstungswettlaufs zwischen West und Ost geben. Die Bundesregierung sollte die US-Raketstationierung in Polen nicht als Angelegenheit zwischen Washington und Warschau ansehen und vernachlässigen.

Eines der wichtigsten Elemente für ein gutes und von gegenseitigem Vertrauen geprägten Miteinanders ist meines Erachtens der kulturelle Austausch. Mit Blick auf das Verhältnis NRWs zu Polen ist mir daher besonders die Pflege und Intensivierung der freundschaftlichen Beziehungen in diesem Bereich ein großes Anliegen.

Der Beitritt Polens zur EU 2004 bedeutete den Beginn einer neuen Ära der Beziehung zwischen Deutschland und Polen. Die gemeinsame EU-Mitgliedschaft hat zu einem weiteren Ausbau und der Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen, aber auch kulturellen und gesellschaftlichen Bereich geführt.

Begrüßenswert finde ich als hochschulpolitische Sprecherin besonders Initiativen wie die Kooperation des Landtags NRW mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, die zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus Ländern Mittel- und Osteuropas gemeinsam Johannes-Rau-Stipendien vergeben. Junge Menschen haben die Möglichkeit, im Rahmen dieses Programms an der Universität zu promovieren und gleichzeitig einen Einblick in die parlamentarischen Abläufe hier im Landtag zu erlangen.

Daher freue ich mich besonders, dass die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe, die auf Grüne Initiative im Jahr 2000 gegründet wurde, mittlerweile auf eine erfolgreiche „Amtszeit“ zurückblicken kann. Ich hoffe, dass den zahlreichen Zusammentreffen mit Gästen aus Polen viele weitere folgen und es auf den verschiedensten Ebenen ein reger Austausch bleibt.

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/7683	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	LANDESREGIERUNG – IHK und Bergbau: Bündelung der zum 31.12.2008 vorzunehmenden Befristungsregelungen mit Entscheidungen über die Fortexistenz von Rechtsnormen und mit Aussagen über deren Wirksamkeit sowie redaktioneller Änderungen in einem Mantelgesetz	1. Lesung 22.10.2008	Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	Abstimmung im Wirtschaftsausschuss am 5.11.2008, 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/7497	Sechstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes	LANDESREGIERUNG – Änderung der Abführungsregelung aus dem Jahresüberschuss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen (Wfa)	1. Lesung 23.10.2008	Überweisung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr (federführend) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 29.10.2008, öffentliche Anhörung geplant
14/7434	Staatsvertrag über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie	LANDESREGIERUNG – Überführung der NKL aus dem Eigenbetrieb der Länder in eine Anstalt des öffentlichen Rechts	1. Lesung 17.9.2008	Überweisung an den Hauptausschuss	Abstimmung im Hauptausschuss am 30.10.2008, 2. Lesung am 12.11.2008
14/7433	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums	LANDESREGIERUNG – Verlängerung der Geltungsdauer von befristeten Gesetzen, die das Innere betreffen wie etwa Beamtenentum, Presse, Landeswappen, Feuerwehr oder Korruptionsbekämpfung	1. Lesung 17.9.2008	Überweisung an den Innenausschuss	Abstimmung im Innenausschuss am 30.10.2008, 2. Lesung am 12.11.2008
14/7318	Hochschulzulassungsreformgesetz	LANDESREGIERUNG – Regelungen zur Hochschulzulassung für ein Studium in NRW; Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	Anhörung am 16.10.08, Ausschussberatung am 6. bzw. 12.11.2008, Plenum am 12.11.2008
14/7307	Landesschuldenwesengesetz	LANDESREGIERUNG – Modernisierung des Schuldenwesens des Landes NRW	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	Abstimmung im HFA am 30.10.2008, 2. Lesung am 12.11.2008
14/7000 14/7001 14/7002	Haushaltsgesetz 2009 Finanzplanung 2008-2012 Gemeindefinanzierungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Inhalt: Feststellung des Haushaltsplans Regelung der Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss und die einzelnen Fachausschüsse	Weitere Ausschussberatungen bis 27.11.2008 und 2./3. Lesung im Plenum (03./04.12. bzw. 17./18.12.2008)
14/7075	Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern	LANDESREGIERUNG – Ausdehnung der Kirchensteuerabzugsverpflichtung auf die Fälle des Steuerabzugs vom Kapitalertrag etc.	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	Abstimmung im HFA am 30.10.2008, 2. Lesung am 12.11.2008
14/6972	Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts	LANDESREGIERUNG – Übergang des Heimrechts im Rahmen der Föderalismusreform auf die Länder; Ersatz des Bundesheimgesetzes durch eine Neuformulierung des Rechts der stationären Einrichtungen der Betreuung, der Altenpflege und der Behindertenpflege; Verschlinkung und Entbürokratisierung des Heimrechts etc.	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) sowie an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie den Haushalts- und Finanzausschuss	Öffentliche Anhörung 10./11.9.2008; Ergebnis der Beratung im AGS am 12.11.2008, 2. Lesung am 12.11.2008
14/6933	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte	LANDESREGIERUNG – Artikelgesetz zur Aufhebung der Amtsgerichte Herne-Wanne und Gelsenkirchen-Buer zum 1.1.2012 bzw. zum 1.7.2012 unter gleichzeitiger Einrichtung von Justizzentren	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Zuletzt Anhörung am 3.11.2008, weitere Beratung am 10.12.2008

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/6926	Landwirtschaftskammergesetz	LANDESREGIERUNG – Änderungsbedarf nach Ablauf des Erfahrungszeitraums am 31. Dez. 2007 sowie nach Überprüfung der Auswirkungen des Gesetzes, Änderung weiterer Rechtsvorschriften	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Abstimmung im Ausschuss am 5.11.2008, 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/6886	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Schutz der Berufsbezeichnungen	LANDESREGIERUNG – Anpassung an die EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (mit Blick auf „Architekten“, „Stadtplaner“ und „Beratende Ingenieure“)	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr	Abschließende Beratung im Ausschuss am 27.11.2008
14/6831	Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften	LANDESREGIERUNG – Neufassung des Sparkassengesetzes NRW	1. Lesung 5.6.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	Zuletzt öffentliche Anhörung 11.09.2008; Abstimmung im HEA am 6.11.2008, 2. Lesung am 12.11.2008
14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW	SPD – Zusammenführung der bisherigen Einzelbestimmungen zum Untersuchungshaftvollzug	1. Lesung 12.3.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Zuletzt Beratung am 2.4.2008, ggf. Vorlage der Landesregierung und anschließende weitere Beratung
14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen	SPD, GRÜNE – Stärkung des Informationsrechts und des Unterrichtsanspruchs des Parlaments gegenüber der Landesregierung	1. Lesung 6.4.2006	Überweisung an den Hauptausschuss	Zuletzt behandelt am 6.3.2008, Beratung läuft
14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	SPD – Einrichtung einer Personalvertretung bei jeder Staatsanwaltschaft	1. Lesung 28.9.2005	Überweisung an den Rechtsausschuss (federführend) sowie den Innenausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005, Beratung ruht

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 22./23./24. Oktober 2008 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	IM GESETZBLATT VERKÜNDET
14/6920 14/7690	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008	LANDESREGIERUNG	3. Lesung 23.10.2008	Angenommen	Verkündet: 28. Oktober 2008
14/6921 14/7691	Risikofondsgesetz – RiFoG	LANDESREGIERUNG	3. Lesung 23.10.2008	Angenommen	Verkündet: 28. Oktober 2008
14/5576 14/7435	Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie	GRÜNE	2. Lesung 22.10.2008	Abgelehnt	
14/4804 14/7511	Hochschulratskorrekturgesetz – HRKG	GRÜNE	2. Lesung 22.10.2008	Abgelehnt	
14/7308	Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 22.10.2008	Angenommen	
14/7055 14/7654	Gerichtsgebührenbefreiungsgesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 22.10.2008	Angenommen	
14/7432 14/7716	Änderung des 1. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 22.10.2008	Angenommen	
14/6887 14/7687	Änderung der Bauordnung	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 22.10.2008	Angenommen	
14/5017 14/7510	Änderung des Schulgesetzes NRW	GRÜNE	2. Lesung 23.10.2008	Abgelehnt	

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die Beratung im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) über das Sparkassengesetz brachte zu einigen der bisher umstrittenen Punkte Annäherung zwischen den Fraktionen. Grundlage der Beratung waren Änderungsanträge zum Gesetz von Seiten der CDU/FDP (ergänzt um mündliche Änderungsanträge von SPD und Grünen) sowie ein grundsätzlicher Antrag der SPD zum Sparkassenwesen. Die Abstimmung über die einzelnen Änderungsanträge signalisierte eine Übereinstimmung in vielen Punkten. Ausnahmen waren vor allem die Punkte „Trägerkapital“, „Sparkassenverbund“ und „WestLB als Sparkassenzentralbank“ (Beleihung). Der Gesetzentwurf wurde mit Mehrheit von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen angenommen und soll am 12. November 2008 im Plenum abschließend beraten werden.

+++

Mit der Festnahme von zwei Terrorverdächtigen auf dem Flughafen Köln/Bonn beschäftigten sich die Abgeordneten in einer Sondersitzung des **Innenausschusses** (stellvertretender Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Die Sondersitzung fand auf Antrag der SPD-Fraktion statt, nachdem am 26. September 2008 ein 23-jähriger Somalier und ein 24-jähriger Deutscher mit somalischer Abstammung kurz vor dem Abflug nach Amsterdam festgenommen worden waren. Von den beiden Männern sei eine „konkrete Gefahr für Leib und Leben einer Vielzahl von Menschen ausgegangen“, erklärte Innenminister Dr. Ingo Wolf. Zu den näheren Hintergründen der Festnahmen wollte sich der Innenminister in der öffentlichen Sondersitzung nicht äußern und verwies auf das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium. Zugleich wies er Medienberichte zurück, nach denen der Einsatz des Landeskriminalamtes nicht mit den Bundesbehörden abgestimmt worden sei: „Zwischen den Behörden gibt es keinen Dissens in dieser Angelegenheit“, so der Innenminister.

+++

Insgesamt 2.150 Eingaben haben den **Petitionsausschuss** im ersten Halbjahr 2008 erreicht. Darüber informierte die stellvertretende Ausschussvorsitzende Sigrid Beer (Grüne)

die Abgeordneten in der Plenarsitzung am 23. Oktober. In 38,7 Prozent der Fälle war der Ausschuss mit seiner Arbeit im Sinne der Petentinnen und Petenten erfolgreich. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat die Zahl der Petitionen um 15 Prozent zugenommen. Schwerpunkte der Arbeit waren der Bereich Soziales (22,6 Prozent der Eingaben), der Bereich Rechtspflege/Strafvollzug (17,1 Prozent) sowie die Bereiche Schule/Hochschule (9 Prozent) und Bauen und Wohnen (6,9 Prozent). Auch aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes kamen mit 26,3 Prozent zahlreiche Eingaben, wobei hier von der Hauptanteil auf die Eingaben entfiel, die sich gegen zu lange Bearbeitungszeiten der Beihilfeanträge beim Landesamt für Besoldung und Versorgung richteten. Im Übrigen ist ab sofort ein neuer Landtagsfilm über die Arbeit des Petitionsausschusses im Internet abrufbar (www.landtag.nrw.de).



Illustration: Peter Flock

Wenn auch Sie Ärger mit Ämtern und Behörden haben: Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 8. Dezember 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer (0211) 884-4444 erforderlich.

+++

Statt bislang sechs soll es künftig nur noch drei Kopfnote auf Schulzeugnissen geben. Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) hat mit den Stimmen von CDU und FDP einer entsprechenden Verordnung von Schulministerin Barbara Sommer (CDU) zugestimmt. Zuvor hatten sich im Ausschuss eingeladene Fachleute

zum Vorhaben geäußert. Während Dr. Martina Ernst (Industrie- und Handelskammer NRW) und Peter Silbernagel (Philologenverband NRW) die Pläne begrüßten und sich für Kopfnote aussprachen, erklärten Juniorprofessorin Grit im Brahm (Ruhr-Universität Bochum) und Andreas Meyer-Lauber (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) ihre Ablehnung gegenüber Kopfnote auf Schulzeugnissen. Künftig sollen Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit/Sorgfalt sowie das Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler benotet werden. Schulministerin Sommer begründete ihre Entscheidung unter anderem mit einer Studie von Professor Wilfried Bos, Direktor des Instituts für Schulentwicklungsforschung Dortmund. Der Wissenschaftler war ebenfalls im Ausschuss zu Gast, um wesentliche Ergebnisse seiner Befragung von Schulleitungen und Unternehmen vorzustellen. Die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen zweifelten die Aussagekraft der Studie an und erneuerten ihre Kritik an Kopfnote.

+++

Die jüngst bekannt gewordenen Sparpläne der Essener WAZ-Mediengruppe machte die SPD-Fraktion zum Thema einer Aktuellen Viertelstunde im **Hauptausschuss** (stellvertretender Vorsitz Gabriele Sikora, SPD). Die laut Medienberichten akute Absicht des Konzerns, seine Kosten um jährlich 30 Millionen Euro zu senken, gebe Anlass zur Sorge, dass die publizistische Vielfalt im Land deutlich abnehmen werde, erklärte die Fraktion. Für die Landesregierung kündigte Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) an, den Zeitungsverlagen eine stärkere Beteiligung im lokalen Fernsehen zu ermöglichen. Der CDU-Abgeordnete Lothar Hegemann erklärte, seine Fraktion habe großes Interesse daran, „dass die WAZ in der Fläche erhalten bleibt“. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Keymis sagte, er könne sich einen Medienfonds zur Erhaltung der publizistischen Meinungsvielfalt vorstellen. Für die FDP-Fraktion betonte Ralf Witzel, entscheidend sei, die Ertragskraft der Medienhäuser zu stärken. Zu den Entwicklungen auf dem Zeitungsmarkt hat die SPD-Fraktion eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die Fraktion kündigte an, im Hauptausschuss ein Expertengespräch oder eine Öffentliche Anhörung zum Thema stattfinden zu lassen, sobald die Antworten der Landesregierung vorlägen.

Guter Rat ist teuer

Fachleute fordern mehr finanzielle Unterstützung für die Weiterbildungsberatung

29.10.2008 – Die Botschaft der 14. Weiterbildungskonferenz, organisiert vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung unter Leitung von Wolfgang Große Brömer MdL (SPD), war klar: Wichtig für die Lebenschancen ist und bleibt eine gute Ausbildung – veränderte gesellschaftliche Anforderungen machen jedoch auch eine ständige Fortbildung unabdingbar. Ein großer Weiterbildungsmarkt stellt mittlerweile die Strukturen bereit, um „lebenslanges Lernen“ zu ermöglichen. Oftmals sind die Chancen der beruflichen Entwicklung jedoch unbekannt oder unübersichtlich. Einigkeit herrschte daher unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz hinsichtlich der bestehenden Herausforderungen: Durch gezielte Beratung gelte es, die Notwendigkeit der Weiterentwicklung in den Köpfen der Menschen zu verankern und gleichzeitig Orientierung auf einem intransparenten Markt zu bieten.

Frau Professor Dr. Sauer-Schiffer von der Universität Münster hielt es für grundlegend, die bestehenden Strukturen zu festigen und auszubauen. Dabei stehe im Mittelpunkt, Netzwerke mit einem differenzierten Angebot zu schaffen, eine Lebenslauf- bzw. Lebenswegberatung zu bieten und mit Beratungsorganisationen zu kooperieren. Es gelte, eine Beratung zu etablieren, die sich an nationalen und internationalen Standards orientiere. Einen ersten Schritt in diese Richtung unternähmen Hochschulen, indem sie Wissenstransfers ermöglichten und entsprechende Masterstudiengänge einrichteten. „Wichtig ist es zudem, Weiterbildungsberatung als Dienstleistung zu begreifen und dementsprechend an den Bedürfnissen der Klienten auszurichten“, so die Wissenschaftlerin.

Im Rahmen des Projekts „Bildungsberatung in lernenden Regionen“ werden konzeptionelle Ansätze der Weiterbildungsberatung entwickelt. Dazu schließen sich Regionen in Netzwerken zusammen, um eine breit gestreute, flächendeckende

de und professionelle Beratung zu ermöglichen. Frau Dr. Heuer von der Humboldt-Universität in Berlin benannte die Ziele des Projekts: „Jeder einzelne bekommt eine individuelle Anleitung zum selbst aktiv werden. Es erhöht die allgemeinen Bildungschancen der Bevölkerung in NRW und sichert eine gute Qualifikation junger Menschen für die Wirtschaft.“ Heuer wies aber auch darauf hin, dass viele Menschen die Beratung nicht bezahlen könnten. Sie gehöre daher in den Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Systematische Weiterbildungsberatung fehle vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen, problematisierte Andreas Oehme, Geschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertags. In den meisten Fällen der Beratung handle es sich um punktuelle Information der Betriebe über eigene Fortbildungslehrgänge. Veränderte Anforderungen machten eine Neuausrichtung der Bildungsberatung notwendig. Die Herausforderungen sah Oehme darin, entsprechendes Personal zu schulen,

landesweite Qualitätsstandards festzulegen und Beratungsinstrumente zu entwickeln. Er forderte eine systematische, individuelle Berufswegberatung, bei der der Mensch und nicht das Angebot im Mittelpunkt stehen solle.

Die geringe Nachfrage an der Weiterbildungsberatung sah Dr. Wilhelm Schäffer (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) darin begründet, dass eine solche flächendeckende Beratungsstruktur fehle. Jedoch sei es nicht die Aufgabe des Landes, ein systematisches Finanzierungssystem aufzubauen. Vielmehr könne NRW punktuelle Unterstützung – zum Beispiel in Form von Bildungsschecks – bieten. Über die finanzielle Ausstattung des Bereiches „Weiterbildung“ im Landeshaushalt 2009 berichtete die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer. Sie betonte, die Landesregierung setze auch im kommenden Jahr einen soliden und klaren Schwerpunkt bei der Finanzierung von Bildung. Zudem versprach sie den Beratungsstellen Unterstützung bei beim Einwerben zusätzlicher Mittel. Beunruhigt zeigte sich die Ministerin über die geringe Nachfrage. Die „Beratung aus einer Hand“ sei zur Lösung des Problems unabdingbar. Sie werde sich für einen transparenten Weiterbildungsmarkt einsetzen, sagte Sommer.

Reiner Hammelrath, Sprecher des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung in NRW, bemängelte hingegen, die geplanten Gelder entsprächen lediglich dem gesetzlichen Mindestumfang. Um die Herausforderungen bewältigen zu können, bedürfe es weiterer finanzieller Mittel. „Den soliden und klaren Schwerpunkt der Landesregierung sehe ich lediglich bei der Kürzung der Gelder“, kritisierte er. Die Einrichtungen übernahmen zwar mehr Aufgaben für das Land, der Bildungsscheck decke jedoch die Kosten nicht. Abschließend lobte er die Veränderungen im Weiterbildungsgesetz: „Das zeigt die Wertschätzung unserer Arbeit.“

ms

Aufbau des Versorgungswerks erfolgreich abgeschlossen

Nach dem gelungenen Aufbau des Versorgungswerks der Mitglieder des Landtags NRW gibt Carina Gödecke (SPD, 2.v.r.) den Vorstandsvorsitz an Thomas Kutschat (SPD, M.) weiter. In sechs Sitzungen der Vertreterversammlung, über 20 Vorstandssitzungen, zwei Kapitalanlagesitzungen und zwei Mitgliederversammlungen wurden die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen. Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU, 2.v.l.) würdigte als Vorsitzende der Vertreterversammlung die Verdienste von Carina Gödecke (SPD). Sie habe stets mit Weitsicht, einer gehörigen Portion Ruhe und Gelassenheit sowie mit großer Sachkompetenz die schwierige Aufbauarbeit gemeistert und das Versorgungswerk zu dem gemacht, was es jetzt ist. Rainer Deppe (CDU, L.) schloss sich als stellv. Vorstandsvorsitzender den Ausführungen an und verwies insbesondere auf die angenehme, vorbildliche Zusammenarbeit. Der Vorstand habe immer überparteilich und ergebnisorientiert gearbeitet. Als Nachfolger für Thomas Kutschat (SPD) in der Vertreterversammlung wurde Martin Börschel (SPD, r.) zum stellv. Vorsitzenden gewählt.

Foto: Schälte



„Da wächst was Großes heran“

Kulturhauptstadt „Ruhr 2010“

29.10.2008 – Kulturhauptstadt Europas. Diese Stadt, die es also noch gar nicht gibt, soll Kultur, aber auch Integration und das Miteinander „leben“. So jedenfalls die Vision, die die Geschäftsführer der Kulturhauptstadt Europas „Ruhr 2010“, Dr. h.c. Fritz Pleitgen und Prof. Dr. Oliver Scheytt, im Kulturausschuss unter Leitung von Dr. Fritz Behrens (SPD) vorstellten.

Viel Lob gab es von Seiten der beiden Geschäftsführer für den Willen der beteiligten Städte und Gemeinden, an diesem Projekt mitzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund begrüßten sie umso mehr den Beschluss des Landtags, dies auch denjenigen finanziell zu ermöglichen, deren Haushaltslage ein solches Engagement ansonsten nicht zugelassen hätte. Selbstverständlich können nicht alle Ideen für das Projekt Kulturhauptstadt verwirklicht werden. Ausgewählt wurden 150 Projekte, die eingebettet sind in das Programm der etablierten Kulturinstitutionen.

Die Sprecher aller Fraktionen, Professor Dr. Dr. Sternberg (CDU), Claudia Nell-Paul (SPD), Angela Freimuth (FDP) und Oliver Keymis (Grüne), zeigten sich mit der Skizzierung der geplanten Aktivitäten zufrieden. In der Debatte wurde deutlich, dass für die Initiative rund 119 Millionen Euro zur Verfügung stehen, davon 50 Millionen Euro von der EU. Mit 2 Euro pro Einwohner soll ein Projekt angeschoben werden, dass über sich selbst hinaus Früchte trägt. Denn es wird kalkuliert, dass mit diesem Betrag zusätzlich rund 300 Millionen Euro in anderen Etats von etablierten kulturellen und sozialen Einrichtungen angestoßen werden. cw



Der Ausschussvorsitzende Dr. Fritz Behrens (M.) begrüßt Dr. h.c. Fritz Pleitgen (r.) und Professor Dr. Oliver Scheytt (l.).

ZVS-Stiftung soll Chaos bei Studienplatzvergabe beenden

Öffentliche Anhörung zum geplanten Hochschulzulassungsreformgesetz

16.10.2008 – Um Mehrfachzulassungen zu vermeiden und die Kapazitäten an den Hochschulen besser auszuschöpfen, soll die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) aufgelöst und in eine Stiftung umgewandelt werden. Über den entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/7318) diskutierten im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, Grüne) Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung. Auch die Abschaffung des Vergaberahmens, die eine Öffnung der Professorengelöhner zur Folge hätte, war Thema.

Als grundsätzlich positiv bewerteten die meisten der 20 Sachverständigen die Neustrukturierung der ZVS. So bezeichnete Professor Christian von Coelln vom Institut für Deutsches und Europäisches Wissenschaftsrecht (Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln) die geplante Anpassung mit Blick auf kommende Herausforderungen als „systematisch und historisch folgerichtig“. Viele Fachleute hielten es allerdings für problematisch, dass es den Hochschulen vorerst freigestellt sei, ob sie am neuen ZVS-Verfahren teilnehmen wollten. Dr. Roland Keilhoff (Hochschul-Informationssystem GmbH) und der Sprecher der Kanzlerkonferenz der Universitäten in NRW, Gerhard Möller, machten darauf aufmerksam, dass der neue Dienstleistungsauftrag nur dann zu erfüllen sei wenn sich die Universitäten möglichst vollzählig der Stiftung bedienen. Möller: „Das System kann nur dann funktionieren, wenn NRW geschlossen auftritt.“ Ebenfalls äußerten die Fachleute große Zweifel daran, dass das neue Vergabeverfahren bereits zum Sommersemester 2009 angewendet werden soll. Aus Sicht von Professor Dr. Johanna Hey (Deutscher Hochschulverband) würde den Hochschulen bei dem vorgegebenen Zeitrahmen vor allem bei der Entwicklung neuer Auswahlquoten und -kriterien ein „ausreichender Zeitraum für die Umstellung auf das neue Gesetz fehlen“. Daran anlehnend plädierten die Sachverständigen dafür, das Hochschulzulassungsreformgesetz frühestens auf das Vergabeverfahren zum Wintersemester 2009/2010 anzuwenden und das Sommersemester 2009 zur Erprobung zu nutzen.

Neben der Neustrukturierung der ZVS diskutierten die Fachleute in der Anhörung über eine weniger strikte Regelung für Professorengelöhner. Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, Professor Dr. Axel Freimuth, forderte eindringlich, den Vergaberahmen abzuschaffen. Daran anknüp-

fend wies er darauf hin, dass die W-Besoldung in NRW derzeit von ca. 73.000 Euro als mittlerem Gehalt für eine W3-Professur ausgeht. Jener Ansatz sei im internationalen Vergleich viel zu niedrig. „Die deutschen Universitäten sind daher hinsichtlich der Professorenbesoldung international nicht wettbewerbsfähig“, so Freimuth. Dem schloss sich der Kölner Professor Christian von Coelln an: „Einen Professor aus Yale kriegen wir so nicht nach Köln.“ Benedikte Winterstein (Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinikum NRW) sowie Professor Dr. Joachim Metzner (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen in NRW) stimmten dieser Feststellung prinzipiell zwar zu, machten aber auch auf die Gefahr aufmerksam, dass eine Öffnung der Professorengelöhner die Fachhochschulen aufgrund deren deutlich geringeren Budgets gegenüber den Universitäten weiter benachteiligen würde. Die Vertreterin der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinikum des Landes Nordrhein-Westfalen, Marlies Diepelt, befürchtete darüber hinaus, dass eine Öffnung der Gehälter ein weiteres Fortschreiten der „vertikalen und horizontalen Segregation in der Entgeltungleichheit von Frauen und Männern“ bewirken könnte. Aus Sicht von Patrick Schnepfer (Landes-ASten-Treffen NRW) hätte eine Öffnung der Gehälter zur Folge, „dass gerade in drittmittelstarken Bereichen von ihr Gebrauch gemacht wird“. Dies werde unmittelbare Auswirkungen auf die Fächerkultur haben und zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der Professorinnen und Professoren führen. gz

Der Gesetzentwurf befindet sich noch in Beratung. Voraussichtlicher Beratungsschluss im Ausschuss ist der 12. November 2008. Danach erfolgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfs im Parlament. Weitere Informationen zur Anhörung wie zum Gesetzentwurf finden Sie unter www.landtagintern.de bzw. www.landtag.nrw.de.

Dem Fachkräftemangel begegnen

Wie kann das Ingenieurstudium – auch für Frauen – attraktiver werden?

30.10.2008 – In Nordrhein-Westfalen fehlen Fachkräfte, insbesondere im Ingenieurberuf. Die Grünen fordern deshalb eine Hochschuloffensive, unter anderem, um mehr Frauen auszubilden (Drs. 14/5028), und kooperative Studiengänge (Drs. 14/5344). Die SPD plädiert dafür, duale Studiengänge auszubauen (Drs. 14/6681), und für eine Hochschulpolitik ohne Studienbeiträge (Drs. 14/7352). In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Innovation, Technologie, Wissenschaft und Forschung (Vorsitz Ewald Groth, Grüne) und des Frauenausschusses (Vorsitz Elke Rühl, CDU) nahmen Fachleute aus Wissenschaft und Wirtschaft Stellung zu den vier Anträgen.

Prof. Dr. Bernd Kriegesmann vom Institut für Innovationsforschung unterstützte die Forderung, die duale Hochschulbildung auszubauen und zu professionalisieren. Es komme zudem darauf an, die Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Bildungsstufen zu erhöhen.

Es sei zu kurz gegriffen, nur über Hochschulpolitik zu reden, betonte Norbert Wichmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW. Man müsse den Blick auf das ganze Bildungssystem richten, auch auf die Weiterbildung. Über „Greencard-Regelungen“ ließen sich keine grundsätzlichen Probleme lösen.

Peter Dübbert von der Ingenieurkammer Bau NRW forderte deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur. Er argumentierte, dies könne dazu beitragen, die Nachfrage nach Ingenieurinnen und Ingenieuren zu steigern. Über eine bessere Bezahlung ließe sich eine höhere Wertschätzung des Berufsstandes erreichen, was wiederum auch das Studium der entsprechenden Fächer attraktiver mache.

Johannes Firsbach vom Verein Deutscher Ingenieure NRW kritisierte, dass Ingenieurinnen und Ingenieure mit Fachhochschulabschluss schlechter angesehen und bezahlt würden als solche mit Universitätsabschluss. „Wir müssen Frauen mit ins Boot holen“, forderte er zudem, „wir können es uns nicht leisten, sie außen vor zu lassen“. Zur Schaffung neuer Studienplätze

solle man keine neue Hochschule gründen, sondern vorhandene Standorte dort ausbauen, wo es in der Umgebung Unternehmen mit entsprechendem Personalbedarf gebe.

In diese Richtung argumentierte auch Klaus Trimborn vom Innovationszentrum Schule-Technik Bochum. Er lobte die „Zukunft durch Innovation“-Zentren mit dem Ziel der regionalen Vernetzung von Schulen, Hochschulen und Wirtschaft. Trimborn forderte, Technikunterricht in der Oberstufe „zu fördern statt zu bremsen“. Er müsse mit naturwissenschaftlichen Fächern gleichwertig werden.

TECHNIKUNTERRICHT

Prof. Dr. Barbara Schwarze vom Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit an der Fachhochschule Bielefeld war der Meinung, dass es besser sei, Mädchen und Jungen zunächst getrennt in Technik zu unterrichten. Wenn man mehr Frauen für technische Studiengänge begeistern wolle, müsse man eine neue, zielgruppengerechte Ansprache finden. So sei es wichtig, bereits im Studium die konkrete Nutzorientierung des erlernten Wissens zu behandeln. In Unternehmen gelte es, weibliche Fachkräfte zu bilden, zu fördern und zu halten.

Gute Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in technischen Berufen sah auch Pro-

fessor Dr. Marion Esch vom Femtec-Hochschulkarrierezentrum für Frauen in Berlin. „Die indische Frau ist technikaffiner als der deutsche Mann“, sagte sie. Technikberufe seien aber in den Augen der meisten deutschen Frauen „alles andere als gut und sexy“, und dieses Bild werde auch von den Medien transportiert. „Eine Frau wird heute dann Ingenieurin, wenn sie Gefahr läuft, sich selbst ernähren zu müssen“, formulierte die Wissenschaftlerin das Vorurteil. Es sei daher enorm wichtig, Frauen mit Professorinnen und Berufspraktikerinnen zusammenzubringen, um ihnen Vorbilder zu zeigen, die sowohl einen technischen Beruf als auch Familie haben.

Eine bessere Lehrerausbildung forderte Elin Dera von der IG Metall NRW. Lehrkräfte müssten mehr geschult werden, für Technik zu motivieren und sie erlebbar zu machen.

Rainer Köhler von der BP Gelsenkirchen GmbH meinte, eine Berufsausbildung müsse als formale Zugangsberechtigung zur Hochschule ausreichen. Des Weiteren sei die Einkommensgrenze von 63.600 Euro pro Jahr, die ausländische Fachkräfte erreichen müssten, um in Deutschland eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, besonders zu Beginn des Berufslebens zu hoch.

SO/W

Der Wissenschaftsausschuss wertet die Anhörung am 11.12.2008 aus.

Jahre rot-grüner Naivität sind vorbei – Einbürgerung ist Integrationsturbo



Aus Sicht der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion setzt die Mitte Oktober dieses Jahres von der Landesregierung gestartete Einbürgerungskampagne die richtigen Integrationssignale“, freut sich der Migrationsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, Michael-Ezzo Solf (Foto). Schon der jüngst vorgelegte erste Integrationsbericht der Landesregierung habe gezeigt, dass Einbürgerung als „Integrationsturbo“ wirke, betont Solf: „Der Integrationsbericht verdeutlicht, dass Eingebürgerte in Nordrhein-Westfalen bei Arbeit, Einkommen und Bildung deutlich besser abschneiden als Ausländer. Auch die Selbstständigquote ist mit 10,7 Prozent beachtlich.“ Besonders eindrucksvoll sei auch der schulische Erfolg von Eingebürgerten. 30,3 Prozent von ihnen seien im Besitz der (Fach-)Hochschulreife, womit die Eingebürgerten in diesem Bereich über den höchsten Wert aller Statusgruppen verfügten. Diese Fakten machten einmal mehr deutlich: „Ohne Bildung keine Integration. Und:

Ohne die Emanzipation der Töchter und der jungen Frauen auch keine Integration“, so der Christdemokrat.

„Die Integrationspolitik der rot-grünen Jahre war von ehrenwerter Gesinnung geprägt, aber unglaublich naiv. Das war damals bei vielen die Zeit der wolkigen Reden und des Traums von Multikulti. Wie viel Zehntausende von jungen Menschen in diesem Land hätten heute einen höheren Grad von Integration, wenn wir schon früher und gemeinsam an einen ‚Aktionsplan Integration‘ herangegangen wären“, so Solf weiter. Schwarz-Gelb stehe für einen realistischen Ansatz in der Integrationspolitik, der zugleich fördere und fordere. Solf: „Der Integrationsbericht und die jetzt gestartete Einbürgerungskampagne sind Spiegel unserer Integrationspolitik: Wir reden nicht nur, wir handeln auch. Die CDU-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass nur der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit die volle rechtliche Gleichstellung mit allen hieraus resul-

tierenden Rechten und Pflichten sichert. Die Einbürgerungskampagne der Landesregierung etabliert eine Willkommenskultur in Nordrhein-Westfalen und ist ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfeste Integrationspolitik.“ ■



Romberg: NRW bringt Deutschlands modernstes Heimgesetz auf den Weg



Mitte November verabschiedet die schwarz-gelbe Koalition das neue Heimgesetz, das die Zukunft der Pflege in NRW nachhaltig verbessern wird. Auf Initiative des FDP-Gesundheitsexperten Stefan Romberg (Foto) sind zwei wichtige Ergänzun-



gen in den Gesetzentwurf des Gesundheitsministers aufgenommen worden. So erhalten die Bewohner von Pflegeheimen künftig durchgängig eine fachärztliche Versorgung. Der Träger eines Heimes muss gewährleisten, dass ein Bewohner, der beispielsweise ein schweres Augenleiden hat, künftig eine augenärztliche Fachbehandlung erhält. „Das ist ein wichtiger Beitrag für die Lebensqualität der Menschen“, betont Romberg. Bislang werden Bewohner in Altenheimen häufig durch Allgemeinmediziner im Haus betreut, aber nicht durch Fachärzte außerhalb des Heims. „Gerade bei Demenzerkrankungen, an denen die Hälfte aller Altenheimbewohner leidet, ist eine fachärztliche Behandlung aber dringend notwendig.“ Dadurch könne das Auftreten von Krisen und Gewalt erheblich reduziert werden.

Stark gemacht hat sich der FDP-Sozialexperte für eine weitere Ergän-

zung der Novelle. Pflegeheime müssen künftig die Anzahl der durchgeführten freiheitseinschränkenden Maßnahmen veröffentlichen. „In der Vergangenheit sind in manchen Heimen Bewohner zu oft am Bett festgebunden worden, selbst wenn dies gar nicht notwendig war“, erklärt Romberg und ergänzt, „freiheitseinschränkende Maßnahmen sind aber ein schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte.“ Derartige Eingriffe ließen sich gänzlich vermeiden, in manchen Fällen seien sie aber vermeidbar. „Etwas mehr Zuwendung wäre manchmal hilfreicher.“ Durch die anonymisierte Veröffentlichung zu Anzahl und Umfang der Zwangsmaßnahmen in den Prüfberichten der Heime kann künftig genau nachvollzogen werden, wo Bewohner besonders häufig an ihr Bett fixiert werden. „Das wird ein wichtiger Qualitätsfaktor für eine gute und menschliche Versorgung in den Heimen sein.“ Mit dieser Qualitätsverbesserung schaffe NRW das beste und modernste Heimgesetz Deutschlands. ■

SPD-Innenpolitiker besuchten Nationales Lage- und Führungszentrum Sicherheit im Luftraum



Die Innenpolitiker der SPD-Landtagsfraktion besuchten Ende Oktober 2008 das Nationale Lage- und Führungszentrum Sicherheit im Luftraum in Uedem am Niederrhein. Dort kontrollieren deutsche Soldaten, Beamte der Bundespolizei und die Deutsche Flugsicherung rund um die Uhr den Luftraum, um terroristische Bedrohungen durch zivile Flugzeuge (sogenannte Renegade-Fälle) abzuwehren. Vertreter der Bundeswehr, der Bundespolizei und der Deutschen Flugsicherung erläuterten den Abgeordneten Aufgaben und Befugnisse der Einrichtung.

Durch die Zusammenführung unterschiedlicher Informationsquellen wird in Uedem permanent ein Lagebild der Sicherheit im Luftraum über der Bundesrepublik erstellt und im Verdachtsfall von hier aus Alarm gegeben. Handelt es sich um ein ziviles Luftfahrzeug, wird der Einsatz als Renegade-Fall

eingestuft. Die Einsatzleitung unterliegt dann dem Inspekteur der Luftwaffe. Die gesamte Verantwortung und Entscheidungskompetenz trägt der Bundesverteidigungsminister.

In einem Renegade-Fall werden die von verschiedenen Jagdgeschwadern kommenden deutschen Jagdflieger unter nationales Kom-

mando gestellt. Sie können das verdächtige Flugzeug abdrängen, zur Landung zwingen, Waffengewalt androhen oder Warnschüsse abgeben. Auch das Aufsteigen der Jagdflugzeuge zur Absicherung des Luftraums wird von Uedem aus koordiniert.

Beeindruckt zeigten sich die SPD-Landtagsabgeordneten davon, dass die Jäger innerhalb von 15 Minuten aufsteigen und 20 Minuten später jedes Ziel in Deutschland erreichen können. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Karsten Rudolph, und seine Kollegen konnten sich davon überzeugen, dass die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik auch gegenüber terroristischer Bedrohung aus dem Luftraum gut aufgestellt ist: „Uedem zeigt, dass Bundeswehr und Sicherheitsbehörden gemeinsam auch Antworten auf neuartige Bedrohungsszenarien geben können.“ ■



Konjunkturprogramm „Energetische Gebäudesanierung“



Die Finanzmarktkrise ist zu einer Wirtschaftskrise geworden. Privathaushalte und Unternehmen stellen Investitionen verunsichert zurück, was die Krise wiederum verschlimmert. Davon besonders bedroht sind Handwerk und Bauhauptgewerbe.

In dieser Situation ist es notwendig, geplante staatliche Investitionen vorzuziehen und durch Förderanreize weitere auslösen. So kann ein möglicher Einbruch in der Baukonjunktur kompensiert bzw. weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies wirkt sich auch positiv auf die Sozialkosten und die Steuereinnahmen aus.

Ein langfristig wirkendes Programm zur Sanierung des Gebäudebestands ist auch deshalb wichtig für das Baugewerbe, um die aus demographischen Gründen deutlich rückläufige Tätigkeit im Neubau durch eine langfristige und stetige Auftragslage in der energetischen Gebäudesanierung auszugleichen.

Die Bundesbank prognostiziert einen zusätzlichen Kaufkraftabfluss von 23 Mrd. Euro

für 2008 gegenüber 2007 für die Importe von Gas und Öl. Daher ist eine Investition in die Gebäudeisolierung strategisch besonders sinnvoll. Die energetische Gebäudesanierung dient zudem dem Klimaschutz, sie erhält und erhöht den Wert von Gebäuden und ist die nachhaltigste Maßnahme gegen Energiearmut.

Deshalb fordern wir jetzt ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Dies umfasst 400 Mio. Euro für Investitionen zur Energieeinsparung vorrangig im Mietwohnungsbau, 400 Mio. für Energieeinsparmaßnahmen bei kommunalen Gebäuden – davon mindestens die Hälfte für Kommunen im Nothaushalt oder im Haushaltssicherungskonzept. Weitere 400 Mio. Euro sollen Schulen und Kindergärten bereitgestellt werden – für notwendige Sanierungsmaßnahmen insbesondere zur Energieeinsparung ebenso wie für den notwendigen Ausbau der Schulen zu Ganztageeinrichtungen. 300 Mio. sollen für Hochschulmodernisierung, -sanierung und -ausbau und 100 Mio. Euro für Krankenhausinvestitionen getätigt werden.



Die Finanzierung des Programms ist nachhaltig. Über die positiven volkswirtschaftlichen Effekte hinaus ist das Programm im Landeshaushalt seriös gegenfinanziert. Das Gesamtvolumen in Höhe von 1,6 Mrd. Euro soll über ein Annuitätendarlehen mit einem anfänglichen Zins von 4,7 Prozent über eine Laufzeit von 20 Jahren finanziert werden. Dadurch entstehen Kosten von 120 Mio. Euro jährlich. Unser Haushaltsentwurf für 2009 sieht Minderausgaben gegenüber dem Entwurf des Finanzministers in Höhe von fast 126 Mio. Euro vor, so sind die Zins- und Tilgungskosten in voller Höhe gegenfinanziert. ■

Haushaltsplan 2008



Foto: Schälte

Etwas Lob und viel Kritik

Haushalt 2009: Zielgruppen hätten gern mehr Geld

16.10.2008 – 52,7 Milliarden Euro will das Land im nächsten Jahr ausgeben. In einer Öffentlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) nahmen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Verbänden und Gewerkschaften Stellung zum Haushaltsentwurf der Landesregierung. Mit in die Haushalts-Anhörung hinein spielte die Diskussion über das staatliche Rettungspaket in Höhe von knapp 500 Milliarden Euro, an dem sich auch die Länder beteiligen.

In einer ersten, allgemeinen Runde ging es um die Frage, ob man angesichts der Finanzmarktkrise mit der Haushaltsplanung 2009 nicht erst einmal abwarten sollte. Erwartet werden Mindereinnahmen spätestens ab 2010; daher betonte Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung die Notwendigkeit weiterer Ausgabenkürzungen, wenn man den Haushalt konsolidieren wolle.

Einen sozialen Blick auf den Haushalt 2009 warf Günther Barenhoff von der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Er forderte „Investitionen in die Zukunft von Menschen“, auch um den durch die Finanzkrise hervorgerufenen Spaltungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Dem würde im vorgelegten Haushaltsentwurf nicht angemessen Rechnung getragen.

Um die Situation der Beschäftigten ging es auch Ralf Eisenhöfer vom Deutschen Beamtenbund NRW. Er sprach angesichts man-

gelnder Personalausstattung von einer „Missachtung der Rechte der Beamten“.

Eine „faktische Zerschlagung des Arbeitsschutzes“ beklagte Guntram Schneider vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW (DGB). Dabei nähmen arbeitsbedingte psychische Erkrankungen zu. Mit Blick auf den Haushalt forderte er verstärkte Investitionen in „Zukunftsfelder“, also Bildung, Innovation und Infrastruktur, von denen Arbeitnehmer und Mittelstand profitierten.

Ein gemischtes Fazit zog Hermann-Josef Dröge vom Verkehrsverband Westfalen. Er bewertete die im Haushalt vorgesehenen Mittel für Straßenbau als „zu wenig“, begrüßte aber die Aufstockung der Gelder als Signal.

Im Bereich Sport kam deutliche Kritik von Dr. Christoph Niessen vom LandesSportbund NRW. Die im Haushalt vorgesehenen 1.000-mal 1.000 Euro für Sportvereine verpufften. Dass man zudem von den Glücksspiel-Einnahmen

abhängig sei, sei „keine Grundlage für eine Organisation, die für 5 Millionen Menschen Jugend- und Gesundheitsangebote macht“. Die Beweglichkeit und Autonomie des LandesSportbundes werde immer weiter eingeschränkt, resümierte Niessen.

Eindrücklich schilderte Bettina Sokol, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die Konsequenzen der aus ihrer Sicht viel zu schlechten Finanzausstattung. „Wir können den Datenschutz in NRW nicht mehr leisten“, sagte sie. Als Minimum sei eine Aufstockung um die Hälfte ihres Etats notwendig.

Auch in der inneren Verwaltung der Polizei mangle es an Personal, erläuterte Ralf Woelk vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW. „Die Funktionsfähigkeit der Polizei ist teilweise infrage gestellt“, warnte er.

Lob kam von Prof. Dr. Axel Freimuth von der Universität zu Köln. Dem baulichen Erneuerungsbedarf an Hochschulen wolle die Landesregierung offenbar begegnen. Man brauche aber darüber hinaus auch mehr Geld, um die Betreuungsrelation zu verbessern, forderte er. Insgesamt sei die Entwicklung der Hochschulsituation in NRW positiv, „aber von ausreichender Finanzierung sind wir noch sehr weit entfernt“.

Was die Arbeitsmarktsituation angeht, befürchtete Helmuth Schwarz von der Freien Wohlfahrtspflege NRW Verschlechterungen bei der zielgruppenorientierten Arbeitsintegration. Besonders zu spüren bekämen das mehrfach benachteiligte Problemgruppen. Das Verhalten der Landesregierung sei „nicht nachvollziehbar“.

Marlis Herterich vom Deutschen Kinder-schutzbund NRW e.V. warnte ebenfalls vor Folgen für schwächere Familien. Von einer Abschwächung der Konjunktur seien prekäre Arbeitsverhältnisse als erstes betroffen. Zu dieser Problematik vermisse sie im Haushaltsentwurf einen Schwerpunkt. Im Einzelnen kritisierte sie den „nicht ausreichenden“ Fonds für die Mittagsmahlzeit von Kindern sowie die Begrenzung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren auf 25 Stunden pro Woche. Zudem gebe es Probleme bei den Bundeszuschüssen für Betriebskosten der Kindertagesstätten, erläuterte Markus Lessmann vom Landkreistag NRW. Diese Mittel kämen in den Kindergärten nicht an.

SOW

Der Haushaltsausschuss erörtert die Beschlüsse der einzelnen Fachausschüsse zum Haushalt am 27. November 2008 bzw. für die 3. Lesung am 11. Dezember 2008. Die 2. Lesung im Landtag ist für die Plenarsitzungen am 3./4. Dezember, die 3. Lesung am 17./18. Dezember 2008 vorgesehen. Weitere Informationen auf www.landtag.nrw.de bzw. www.landtagintern.de.

Porträt: Chris Bollenbach (CDU)



Wenn die rot-grüne Ratsmehrheit im ostwestfälischen Städtchen Bünde vor knapp 20 Jahren nicht den dringenden Wunsch der örtlichen Realschule abgeschmettert hätte, die Schule als Ganztagschule zu führen, dann wäre die politische Laufbahn von Chris Bollenbach möglicherweise ganz anders verlaufen. So ärgerte sich der damals 17-jährige Sohn einer Handwerkerfamilie derart über die Sturheit von Roten und Grünen, dass er sich der opponierenden CDU anschloss und gleich einen Ortsverband der Jungen Union gründete. Von diesem Zeitpunkt an verlief die politische Karriere des jungen Chris – er heißt tatsächlich so, weil seine Eltern damals für den Schlagersänger Chris Roberts schwärmten und kurze prägnante Vornamen schätzten – ebenso steil wie seine berufliche. Schon 1992 war er Vorsitzen-

der der Jungen Union im Kreis Herford, 1993 wurde er dort stellvertretender Kreisvorsitzender der Mutterpartei CDU, seit 1994 sitzt er im Kreistag von Herford und seit 2005 im Landtag. In derselben Zeit absolvierte er die Ausbildung zum Gas- und Wasserinstallateur, leistete den Wehrdienst, legte 1999 die Meisterprüfung ab und trat 2000 gleichberechtigt in den väterlichen Betrieb ein.

Weil ihm das berufliche Standbein unverändert wichtig ist, sitzt Bollenbach auch jetzt noch jeweils montags und freitags im Büro in Bünde, nimmt Aufträge an, schreibt Kostenvoranschläge und Rechnungen. „Ich weiß auch noch, wie Heizöl riecht“, sagt er lächelnd, denn im Winter teilt er sich selbst regelmäßig zum Bereitschaftsdienst am Wochenende ein, und wenn irgendwo in Bünde und Umgebung eine Heizung ausfällt, macht er sich selbst an die Reparaturarbeit. Dass er vor drei Jahren direkt ins Düsseldorfer Parlament gewählt wurde und aus dem Monteursanzug in feinen Zwirn und Schlips wechseln musste, hat er damals kaum für möglich gehalten. Denn bis 2005 hatte die SPD in seinem Heimatwahlkreis mit fast 20 Prozentpunkten scheinbar uneinholbar vorn gelegen, doch der Erdrutschsieg seiner Partei verhalf auch ihm zum Sprung an den Rhein.

Im Landtag kümmert sich der Handwerksmeister vor allem um die Themen Jugendhilfe und Schule, mit denen er sich auch im Kreistag Herford beschäftigt, seit fast zehn Jahren als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. „Ich finde es wichtig und richtig, dass diese Probleme auch aus einer anderen Perspektive gesehen werden“, begründet er sein Engagement. Nicht nur Lehrer und Sozialarbeiter sollten über diese Fragen diskutieren und entscheiden, sondern auch diejenigen, die das Bildungssystem vor allem aus der Sicht von Ausbildungsbetrieben und Berufskollegs kennen. Dabei ist Bollenbach keiner jener jung-dynamischen Politprofis, die gleich überall laut und möglichst in der ersten Reihe mitreden wollen. „Ich melde mich lieber seltener zu Wort, aber wenn ich dann was sage, hat das auch Hand und Fuß und das schätzen die Kollegen.“ Sein zweites politisches Standbein ist die Entwicklungspolitik, die zwar in der Landespolitik keine herausragende Rolle spielt, die Bollenbach aber deswegen schätzt, weil man hier im Kleinen doch Einiges bewegen und praktische Verbesserungen für die Menschen erzielen kann, vor allem in Ghana, dem Partnerland NRW.

Dass Bollenbach schwul ist, hat ihm bislang weder in der CDU noch in der Politik insgesamt große Probleme bereitet. Seit zwei Jahren lebt er mit seinem Mann in einer eingetragenen Partnerschaft. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Peter Biesenbach, war Gast auf der Feier in Bünde, und auf der nächsten Fraktionssitzung spendierte Bollenbach eine Runde Sekt, so wie es die Parteifreunde machen, die in den Ehestand treten. Dabei ist ihm durchaus bewusst, dass vor allem Ältere in der Union mit dieser Lebensform ihre Schwierigkeiten haben und hinter seinem Rücken gelegentlich tuscheln, aber mittlerweile sei das Thema durch, hat er festgestellt.

Politische Ambitionen, die über den Landtag hinausreichen, hat Bollenbach nicht und auch nach Berlin in den Bundestag zieht es ihn nicht, obwohl der langjährige Bundestagsabgeordnete in seinem Wahlkreis, Reinhard Göhner, nicht wieder antritt. „Dann müsste ich den Betrieb aufgeben, und das will ich nicht.“ Außerdem möchte Bollenbach nach seiner ersten Legislaturperiode in Düsseldorf weitermachen. „Wenn die Partei mich aufstellt, dann kandidiere ich auch wieder.“

Peter Jansen

Freiheit und/ oder Sicherheit?

Karsten Rudolph, SPD-Landtagsabgeordneter und Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum, hat zusammen mit Stefan Huster ein Taschenbuch zur inneren Sicherheit herausgegeben*. Darin unternehmen die beiden Bochumer Wissenschaftler den Versuch, eine oft emotional und mit Schlagworten geführte Debatte zu versachlichen. Fachleute, Wissenschaftler, amtierende und ehemaliger Politiker, darunter auch die beiden liberalen Ex-Minister Baum und Hirsch, kommen zu Wort. Der frühere nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch zum Beispiel vermisst beim Kampf gegen den Terror eines: Dass genauso intensiv nach den Ursachen und den politischen Zusammenhängen gesucht wird. Nur so sei eine dauerhafte Lösung der krisenhaften Entwicklung denkbar.

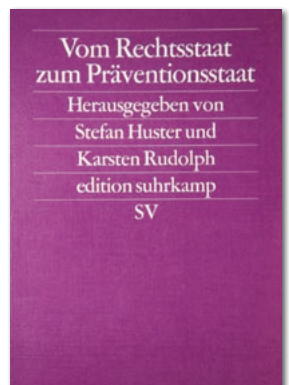
Anders der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bosbach. Er fordert, „heute die Maßnahmen zu ergreifen, die Vereinbarungen zu treffen und die Gesetze zu verabschieden, von denen wir uns nach einem großen Anschlag in Deutschland wünschen würden, sie rechtzeitig gemacht zu haben“.

Der Bielefelder Rechtsprofessor Christoph Gusy schlägt zur Verbesserung der Informationsmöglichkeiten der Abgeordneten, die die Arbeit der Sicherheitsdienste kontrollieren, das „permanente Hilfsorgan eines parlamentarischen Nachrichtendienstesachverständigen“ vor. Er könne, meint Gusy, dabei helfen, den – wie er meint – „blinden Wächtern ein bisschen mehr Durchblick zu verschaffen“.

Der Terrorismusexperte Ulrich Schreckener wünscht eine innerstaatliche wie auch internationale öffentliche Debatte und Kontrolle des Kampfs. Bei der Debatte müsse die Politik eine Form der Kommunikation wählen, die sachlich aufklärt und „die diffuse Spekulationen oder alarmistische Töne vermeidet“.

In der abwägenden Einleitung analysieren die Herausgeber die neue Bedrohung durch den Terrorismus und erörtern die Möglichkeiten, die eine Demokratie zur Terrorismusbekämpfung hat. In ihren Augen sprengt der Terrorismus der Neuzeit alle bisher bekannten Formen der Kriminalität. Der Terrorismus unserer Tage ist in ihren Augen ein „unbestimmtes Risiko“, das – wie ein Großschadensereignis – weder lokalisierbar noch individuell zurechenbar sei, eben eine „existenzielle Bedrohung des Gemeinwesens“. Vorbeugendes staatliches Handeln dürfe nicht das beschädigen, was es zu schützen vorgebe, mahnen sie. Kein neuer Gedanke, darüber sind sich Rudolph und Huster im Klaren: „Die Klassiker des Staatsdenkens haben immer gewusst, dass es Situationen gibt, die das Recht nicht regeln kann.“ jk

* Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat. Hrsg. von Stefan Huster und Karsten Rudolph, edition suhrkamp 2008, ISBN 978-3-518-12543-4, 229 Seiten.



Geburtstagsliste

Vom 12. November bis 4. Dezember 2008

15.11. Lorth, Gerhard (CDU)	64
17.11. Brunert-Jetter, Monika (CDU)	53
24.11. Haseloh, Karl-Heinz (SPD)	62
28.11. Börschel, Martin (SPD)	36
3.12. Einmahl, Rolf (CDU)	59
3.12. Dr. Droste, Wilhelm (CDU)	48
3.12. Ratajczak, Marc (CDU)	35
4.12. Bollenbach, Chris (CDU)	36

Ehemalige Abgeordnete

14.11. Thulke, Jürgen (SPD)	70
22.11. Tornau, Hans Joachim (FDP)	85
22.11. Strothmann, Karl Ernst (CDU)	80
26.11. Wagner-Watzlawski, Christel (CDU)	75
1.12. Dr. Hereth, Michael (SPD)	70

verstorben

8.11.2008, Friedhelm Simelka (SPD)	76
MdL 1966-1975	
9.11.2008, Dr. Hans Horn (CDU)	75
MdL 1980-1985, 1990-2000	

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 13. November 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),

Sonja Wand (sow, Redakteurin),

Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)

Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)

Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



LANDTAG
NRW

Landtagspräsidium besuchte die 50. Schule

Fragen über Fragen haben die Landtagspräsidentin ebenso wie ihre drei Vizes (im Uhrzeigersinn: Regina van Dinter, Oliver Keymis, Edgar Moron, Angela Freimuth) bei den Schulbesuchen zu beantworten, die sie seit Anfang 2007 durch ganz NRW führen. Ob in Grundschule oder Berufskolleg, ob acht Jahre alt oder 18, die Schülerinnen und Schüler – inzwischen mehr als 5000 (!) – sind meist bestens vorbereitet und erkundigen sich gerne nach allen möglichen Details. Spitzenreiter in diesem Jahr war die Gesamtschule Brüggen; hier hatte die Klasse 6 sage und schreibe 516 Fragen für Edgar Moron bereit. Das Spektrum reicht stets von ethischen Fragen („Warum ist die Sterbehilfe nicht erlaubt?“) über private („Mögen Sie Ihren Beruf?“) bis hin zu politischen (über Klimawandel, Mindestlöhne ...).

Ausführliche Berichte über den Schulmarathon gibt es im Internet www.landtag.nrw.de unter „Jugendangebot“ (auf den Button „Schulbesuche“ klicken). Schulen, die sich bewerben möchten, können dies tun per Mail an schulbesuch@landtag.nrw.de.

Fotos: Dietsch/Fotolia